Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 43 (1951)

Heft: 8

Artikel: Die englischen Gewerkschaften zur Inflationsgefahr

Autor: Bieligk, K.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353505

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die Arbeiterschaft alimentiert werden. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, dass die nun erreichten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch bei einer baldigen Beendigung des Krieges in Korea nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Redaktion «Rundschau».

Die englischen Gewerkschaften zur Inflationsgefahr

Die Vermeidung der Inflation und die gleichzeitige Abwehr der Gefahr, dass der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung eine starke Herabsetzung erfährt, werden das zentrale Problem sein, das den Anfang September stattfindenden Jahreskongress des englischen Gewerkschaftsbundes beschäftigen wird. Das Wirtschaftskomitee des Generalrates des TUC bereitet ein umfassendes Memorandum vor, das positive Massnahmen für die Sicherung des Reallohnes und für die Bekämpfung der inflationistischen Tendenzen enthalten wird. Die Kommission hat wiederholt Besprechungen mit den massgebenden Ministern der Arbeiterregierung gehabt, die dabei von den Auffassungen und Wünschen der Gewerkschaften informiert wurden.

Die Verteuerung der Lebenskosten

Seit etwa einem Jahre, besonders aber in den letzten Monaten, haben sich die *Lebenskosten fortgesetzt verteuert.* Fast täglich gibt das Handels- und Wirtschaftsministerium Erhöhungen von kontrollierten Preisen für Nahrungs- und Lebensmittel bekannt, während die unkontrollierten Preise ohne besondere Ankündigung oft noch stärker heraufgesetzt werden. Für die Hausfrau ist das eine um so grössere Enttäuschung, als sich unter der zweiten Kategorie viele jener Nahrungsmittel befinden, die sie wegen der unzureichenden Menge der rationierten Waren hinzuzukaufen gezwungen ist. Durch diese Entwicklung sinkt der Reallohn trotz der Zulagen, die nach einem mehr als zweijährigen Lohnstopp der grössere Teil der Arbeiterschaft im Winter 1950/51 und im folgenden Frühjahr erhalten hat. Der offizielle Index der Kleinhandelspreise zeigt für die letzten zwei Jahre eine höhere Zunahme als die Lohnsätze. Dabei kann als allgemeine Auffassung unterstellt werden, dass der Einzelhandelspreis-Index nicht das wirkliche Ausmass der Erhöhung der Lebenshaltungskosten wiedergibt. So sind Kartoffeln, Gemüse, Obst, Mehl, Eier, Butter, Wäsche, Bekleidung, Leinenwaren und Hausgerät um das Mehrfache teurer geworden als nach dem Index angenommen werden könnte. Auf der kürzlich stattgehabten Jahreskonferenz der örtlichen Gewerkschaftsausschüsse machte ein Delegierter die Feststellung, dass er sich vor dem Kriege von seinem Wochenlohn einen Anzug und

einen Mantel kaufen konnte, während er heute dazu den Verdienst von zweieinhalb Wochen aufwenden muss. Die starke Unzulänglichkeit dieses provisorischen Einzelhandels-Index ist auch von der Regierung anerkannt worden, die inzwischen die Vorbereitungen für eine neue Index-Berechnung getroffen hat.

Die Teuerung hat *mehrere Ursachen*, zu denen auch die verspäteten *Folgen der Währungsabwertung* vom September 1949 gehören. Aber ihr Tempo hat sich besonders seit dem Ausbruch des Korea-Konfliktes und den ihm folgenden *Vorratskäufen* von Regierungen grosser Länder und von privaten Unternehmern stark beschleunigt. Es hat einen weiteren Antrieb von den umfassenden *Aufrüstungsprogrammen* erhalten, deren Durchführung in vielen Ländern in Angriff genommen worden ist. Die Folge war eine monatelang andauernde Preishausse an den Welt-Rohstoffmärkten, die für die am meisten begehrten Rohstoffe zu hohen Rekordpreisen führte. Für England, das in so starkem Ausmasse auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln und von Rohstoffen für seine Industrie angewiesen ist, hatte das die Auswirkung, dass es bereits im Jahre 1950 einen um 60 Prozent höheren Betrag aufwenden musste, um die gleiche Menge von Rohstoffen einzukaufen wie im Jahre vorher. Eine Statistik in der von der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen veröffentlichten Wirtschaftsübersicht zeigt, dass die Erhöhung der Einfuhrpreise von allen europäischen Ländern für England am grössten war. Im ersten Halbjahr 1951 hat sich die Steigerung der Preise für die Mehrzahl der Rohstoffe fortgesetzt. Weder die englischen Grosshandelspreise noch die Einzelhandelspreise sind bisher dieser Entwicklung voll gefolgt, so dass mit Sicherheit mit weiteren Preissteigerungen im Einzelhandel gerechnet werden muss. Eine entsprechende Erklärung ist kürzlich vom Handels- und Wirtschaftsminister Sir Hartley Shawcross im Parlament abgegeben worden.

Das ernste Problem

Die Aufrüstung, für die England vom Herbst 1950 bis zum Herbst 1953 57 000 Millionen Franken bereitgestellt hat, begünstigt die latente Inflationsgefahr. Nicht nur hat sie eine *Erhöhung der Einkommenssteuer* notwendig gemacht, von der auch die arbeitende Bevölkerung betroffen wird, sondern bringt auch eine *Einschränkung der Erzeugung wichtiger Verbrauchswaren* zugunsten höherer Kriegsmaterialproduktion und weiterhin eine *Einschränkung der Einfuhr von Konsumwaren* mit sich. Dadurch werden in Kürze auf dem Inlandsmarkt weniger Waren zur Verfügung sein als der Bedarf erfordert. Diese Unterversorgung des Bedarfs wird noch grösser, da gleichzeitig die *Ausfuhr englischer Waren gesteigert* werden muss, auch solcher, die der Inlandsbedarf dringend benötigt. Der Schatzkanzler hat die Notwendigkeit dazu vor dem Parlament zwingend begründet.

Aber gerade das sind die Bedingungen, unter denen sich die Inflation entwickeln kann, und die Regierung hat die Gefahr in vollem Umfang erkannt. In ihrer im April erschienenen «Wirtschaftlichen Übersicht für 1951» führt sie dazu aus:

> «Die Erhöhung der Preise wird für uns die Aufrechterhaltung der Stabilität zu einem ernsten Problem machen. Eine gewisse Preissteigerung ist unvermeidlich. Wir können uns nicht von dem isolieren, was in der übrigen Welt geschieht; noch können wir verhindern, dass die höheren Kosten unserer Einfuhr unsere Geldbörse berühren. Unsere ganze Wirtschaft hängt von unserer Einfuhr ab, und die Folgen, wenn wir sie einstellen müssten, würden katastrophaler sein als die Folgen, die daraus erwachsen, dass wir mehr dafür bezahlen müssen. Aber das heisst nicht, dass nichts gegen die Inflation getan zu werden braucht. Nach Auffassung der Regierung sind es zwei Dinge, die getan werden können und getan werden sollen. Erstens: Wir müssen darauf bedacht sein, eine Inflation der Kosten durch das Verlangen nach höheren Einkommen zu vermeiden. Während eine gewisse Angleichung der Löhne notwendig war und teilweise noch vor sich geht, so sollte doch keine unbegründete Erhöhung der Löhne, Gehälter und Profite erfolgen... Jede Erhöhung der Einkommen steigert unsere Kosten und führt zu neuen Preissteigerungen und zu der Forderung nach noch höheren Einkommen, deren Befriedigung wieder höhere Preise nach sich zieht. Selbst wenn das nicht zu einer katastrophalen und unkontrollierten Inflation führen würde, so könnte es sehr wohl den Verkauf unserer Waren im Ausland unmöglich machen und damit auch unsere Einfuhr. Im Inland selbst würden sich ernste Ungerechtigkeiten fühlbar machen, die vor allem jene am stärksten treffen würden, die zuletzt fähig sind, sie zu tragen. Das zweite ist, dass wir nicht erlauben dürfen, dass wieder inflationistische Bedingungen für den Bedarf entstehen, weil sie die Preissteigerungen begünstigen und uns die hohe Warenausfuhr, die wir nötig haben, um unsere Einfuhr zu bezahlen, erschweren.»

Eine ähnliche Analyse führte die Gewerkschaften vor zweieinhalb Jahren zu dem Beschluss der weitgehenden Zurückhaltung in Lohnforderungen. Sie gaben damit einen wertvollen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung in einer Zeit, in der durch eine starke Erhöhung der Produktion und der Ausfuhr die wirtschaftlichen Kriegsschäden Englands rascher überwunden werden sollten. Der Generalsekretär einer der grössten Gewerkschaften, des mehr als 800 000 Mitglieder zählenden Gemeinde- und allgemeinen Arbeiter-Verbandes, gibt in dem Gewerkschaftsorgan der Auffassung Ausdruck, dass die organisierten Arbeiter auch jetzt wieder in der gleichen Weise reagieren werden. Aber er fügt hinzu, dass es notwendig sei, dass sie einige Beweise dafür sehen, dass andere Sektionen der Bevölkerung ebenso soziale Verantwortung zeigen und die Situation nicht in selbstsüchtiger Weise zu ihrer persönlichen Bereicherung ausnützen. Die Arbeiter, die ihre bescheidenen Forderungen dem Verhandlungswege übergeben, um einige wenige Schillinge mehr zu erhalten, seien aufgebracht über die unerhört hohen Profite und über die ungerechtfertigte

Erhöhung der Dividenden. Wenn Millionen von Extra-Profiten gemacht würden, so meint er, dann könnten sicher in einem gewissen Ausmass die Preise herabgesetzt werden.

Um den gerechten Anteil

Den Gewerkschaften ist die Wahrnehmung der Interessen von ihren nahezu acht Millionen Mitgliedern, die mit ihren Familien mehr als die Hälfte der gesamten englischen Bevölkerung repräsentieren, übertragen. Über manche Einzelmassnahme, die in dieser Situation notwendig ist, mag es unter ihnen Meinungsverschiedenheiten geben; wohl aber kaum darüber, dass der soziale Grundsatz, dass auch der Arbeiterschaft ein gerechter Anteil an allen vorhandenen Waren sicher sein muss, weiterhin Geltung behält.

Statistiker und Theoretiker behaupten oft, dass «zuviel Geld unter dem Volke» sei, ohne sich die Mühe zu machen, eingehender zu untersuchen, welche Bevölkerungsschichten unter zu vielem Gelde leiden. Für die Arbeiterfamilien trifft diese Feststellung in dieser allgemeinen Formulierung jedenfalls nicht zu, auch wenn sich ihre Lebenshaltung vor allem durch die grosszügigen sozialen Reformen der letzten Jahre im Vergleich zur Vorkriegszeit gehoben hat. Von den knapp 21 Millionen Personen, die in den Listen der englischen Steuerverwaltung erscheinen, hatten nach dem letzten Bericht 47 Prozent ein Einkommen von weniger als 3000 Franken im Jahre und 85 Prozent weniger als ein Einkommen von 6000 Franken. Wochenlöhne von 60–80 Franken, die jetzt noch immer etwa 9 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten, schliessen sie von denen, die zu viel Geld haben, aus. Für sie bedeutet die Preiserhöhung der letzten Monate eine Katastrophe, und ohne den Schutz ihrer Gewerkschaft würden sie mit ihren Angehörigen den Kampf gegen die drohende Verschlechterung nicht mit Erfolg führen können.

Zeigen schon die offiziellen Verbrauchsstatistiken, dass der Durchschnittsverbrauch von manchen wichtigen Nahrungsmitteln und vielen Bedarfsartikeln in all den Nachkriegsjahren immer niedriger war als vor dem Kriege, so würde eine Statistik, die die verschiedenen sozialen Bevölkerungsschichten getrennt behandelt, ergeben, dass diejenigen mit niederen Einkommen an dem Durchschnittsverbrauch viel ungünstiger teilhaben als die übrigen Gruppen. An folgenden Nahrungsmitteln war im Jahre 1950 der jährliche Durchschnittsverbrauch pro Kopf der Bevölkerung noch immer geringer als vor dem Kriege: Fleisch, Fisch und Geflügel, Öle und Fette, Zucker und Sirup, Tomaten, Gemüse, Tee, Kaffee und Kakao. Ausserdem ergibt sich, dass unter Zugrundelegung der Preise, die 1938 gezahlt werden mussten, auch weniger Kleidung, Wäsche und Haushaltungsartikel gekauft worden sind, obwohl der Rückstand in der Bedarfsdeckung, der sich in den Jahren 1940–1948 herausgebildet hatte, von der min-

derbemittelten Bevölkerung noch lange nicht nachgeholt ist. *Dudley Seers* vom Statistischen Institut der Universität Oxford kommt in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Lebenshaltungskosten im Vergleich zu 1938 für die Familien mit höheren Einkommen mehr gestiegen seien als für die mit niederen Einkommen. Er hat berechnet, dass ein Haushalt, der 1938 200 Pfund Sterling im Jahre für die Lebenshaltung aufgewendet hat, im Jahre 1949 für die gleichen Waren und Leistungen 355 Pfund Sterling hätte aufwenden müssen. Dazu ist wichtig, zu wissen, dass 80 Prozent der 1938 in der englischen Wirtschaft beschäftigten Personen nach Abzug der Steuern überhaupt keine 200 Pfund Sterling zur Verfügung hatten. Noch im Steuerjahr 1949 gab es 9 600 000 Personen, die nach dem Abzug der Steuern nur jährlich 200 Pfund, also wenig mehr als 2400 Franken, Einkommen hatten.

Aus alledem geht hervor, dass die Preissteigerungen der letzten Monate Millionen von Arbeiterfamilien hart getroffen haben und dass jede neue Preissteigerung ihre Lebenshaltung aufs schwerste beeinträchtigen muss.

Gewerkschaftliche Forderungen

Die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaften hat sich ohne Vorbehalt hinter das Aufrüstungsprogramm der Regierung gestellt, und die organisierte Arbeiterschaft ist ihnen darin gefolgt. Aber gerade diese Bereitschaft rechtfertigt ihre Wachsamkeit, um einseitige ungünstige Folgen, die sich aus der gegenwärtigen Entwicklung ergeben könnten, von der Arbeiterschaft abzuwehren. *Jack Tanner*, der Generalsekretär der Vereinigten Maschinenarbeiter-Gewerkschaft mit über 850 000 Mitgliedern, sprach sich auf der Jahreskonferenz seines Verbandes darüber in der folgenden Weise aus: «Ich bin sicher, dass alle unsere Mitglieder tun werden, was sie können, um der Nation die ausreichenden Mittel für die Verteidigung zu geben. Aber damit ist der Zweifel daran nicht unvereinbar, ob das Ausmass und das Tempo des gegenwärtigen Aufrüstungsprogramms weise ist. Es wird von allen zugegeben, dass, um es durchzuführen, der Lebensstandard fallen und der grosse soziale Fortschritt, den England in den letzten fünf Jahren gemacht hat, zurückgeschlagen werden wird. Das kann von unerwünschten Wirkungen sowohl für unser Land als auch für das Ausland sein. Jeder ernste Rückschlag in Englands wirtschaftlicher Stabilität würde nicht nur unseren grossen Einfluss in der Welt schwächen, sondern würde die Kräfte des Kominform enorm stärken und die Gefahr eines Weltkrieges erhöhen. Deshalb müssen wir die Stabilität der Wirtschaft aufrechterhalten und den sozialen Fortschritt, den wir seit 1945 gefördert haben, weiterführen.»

Wie keine der englischen Gewerkschaften aus der vom vorjährigen Gewerkschaftskongress beschlossenen Aufhebung des Beschlusses über die Zurückhaltung in Lohnforderungen geschlossen hat, dass

damit der Weg für unbegründete Lohnforderungen offen stünde, so ist sich der Generalrat des TUC und alle ihm angeschlossenen Verbände auch jetzt klar darüber, dass sie nicht das Signal zu einem Wettrennen zwischen Löhnen und Preisen geben können. Wie in den letzten Jahren so legen sie den stärksten Nachdruck auf die *Verhinderung weiterer Preissteigerungen.* Auf den zahlreichen in den letzten Wochen stattgehabten Jahreskonferenzen der Gewerkschaften ist immer wieder die Forderung nach mehr und wirksamerer Kontrolle der Preise und der Profite erhoben worden. Auch eine *Beschränkung der Dividende* wird verlangt. Ebenso setzen sie sich für die *Erhöhung der staatlichen Zuschüsse* ein, um die Preise der wichtigsten Lebensmittel stabil zu halten. Bei einem Knappwerden wichtiger Verbrauchswaren erscheint einzelnen Gewerkschaften die Ausdehnung der Rationierung unvermeidbar, weil sonst eine annähernd gerechte Verteilung nicht gesichert wird. In der Kontrolle sollen die Rohstoffe einbezogen werden und auch die Bankkredite, die in den letzten Monaten eine nicht unerhebliche Ausweitung erfahren haben, sollen, um einer Vermehrung der Kaufkraft vorzubeugen, eingeschränkt werden.

Ihre positive Einstellung für den Ausbau der Verteidigung und gegen die Inflationsgefahr haben die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft durch ihren beispiellosen Einsatz für die *Steigerung der Produktion* erwiesen. In den letzten drei Jahren ist die industrielle Produktion um 30 Prozent gestiegen, und die Produktivität hat sich in der gleichen Periode um 22 Prozent erhöht; das ist ein Mehrfaches der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung in Friedensjahren. Diese Leistungen machen die von den Unternehmern immer wieder erhobene Behauptung, dass die Gewerkschaften weiter an produktionshemmenden Methoden festhielten, gegenstandslos. Die grosse Mehrzahl der englischen Arbeiter und Arbeiterinnen leistet seit Jahren regelmässig Überarbeit, ein grosser Teil davon auch Nacht- und Sonntagsarbeit.

Dass die Gewerkschaften an der Verteidigung des Lebensstandards ihrer Mitglieder festhalten, geschieht nicht aus egoistischen Interessen und bedarf keiner besonderen Rechtfertigung. Selbst der offizielle, ungenügende Einzelhandelspreis-Index zeigt für die letzten neun Monate eine Erhöhung um elf Punkte. Die in den letzten Wochen von den Gewerkschaften der Landarbeiter, der Elektriker, der Automobilarbeiter, der Schuhmacher, Tabakarbeiter, Eisenbahner, des Bus-Personals, der Staatsangestellten, der Metall- und Maschinenarbeiter, der Bergarbeiter, Bauarbeiter und der Postarbeiter und -angestellten erhobenen Lohnforderungen geben der Arbeiterschaft kaum die Hoffnung, dass damit angesichts der vor sich gegangenen und andauernden Teuerung der Lebensstandard aufrechterhalten werden kann. Aber was sie mit ihnen verhindern wollen, ist, dass eine weitere drastische Herabsetzung ihrer Lebenshaltung erfolgt, die sich

nicht nur für sie und ihre Angehörigen, sondern für die gesamte englische Wirtschaft schädlich auswirken müsste. Eine solche Entwicklung, die auch die Verteidigungskraft des Landes schwächen müsste, zu verhindern, davon ist die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Abwehr der Inflationsgefahr bestimmt.

K. F. Bieligk, London.

Buchbesprechungen

Grundlagen der Rechtswissenschaft

Wer in einer Gewerkschaft tätig ist, erlangt durch die Praxis erhebliche Kenntnisse in einzelnen Rechtsgebieten, vor allem im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Viele Funktionäre müssen Rechtsauskünfte erteilen, amten als Richter in Gewerbegerichten oder arbeiten als Parlamentarier an der Rechtssetzung mit. Bei diesen verantwortungsvollen Aufgaben empfinden sie es oft als Mangel, dass ihnen ein Gesamtüberblick über unsere Rechtsordnung fehlt. Es wäre für sie von grossem Vorteil, wenn ihre Spezialkenntnisse nicht isoliert wären, sondern im Zusammenhang ständen mit einem Einblick in die Grundprinzipien des Rechts.

Durch das Studium des vorliegenden Buches von Prof. Germann [1] kann sich auch der Nichtjurist in die Grundlagen der Rechtswissenschaft einarbeiten. Den Hauptteil des Werkes bildet eine konzentrierte Darstellung der verschiedenen Rechtsgebiete, des Staatsrechts, des Zivilrechts, des Strafrechts, der Gerichtsorganisation und des Prozessrechts, des Verwaltungsrechts, des Handelsrechts, des Gewerberechts, des Bauernrechts, des Völkerrechts und des Kirchenrechts. Es enthält auch einen verhältnismässig ausführlichen und vor allem aufschlussreichen Abschnitt über das Arbeitsrecht. Die einleitenden Kapitel befassen sich mit dem Gegenstand der Rechtswissenschaft, der Bedeutung und Eigenart des Rechts, den Methoden der Rechtswissenschaft und den geschichtlichen Grundlagen unseres Rechts. Sehr bedeutungsvolle Probleme behandeln die beiden letzten Abschnitte. Im Kapitel über die Gliederung des Rechts wird den Praktiker vor allem die Scheidung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht interessieren. Sie hat bekanntlich gerade für das Arbeitsrecht entscheidende Bedeutung. Den Abschluss bildet eine glänzende Darstellung von drei rechtsphilosophischen Grundproblemen, des Verhältnisses des Rechts zur Macht, des Rechts zur Freiheit und des Rechts zur Gerechtigkeit. Jeder am Rechtsleben Beteiligte hat das Bedürfnis, sich mit diesen entscheidenden Fragen auseinanderzusetzen.

---

[1] Prof. O. A. Germann: Grundlagen der Rechtswissenschaft, Verlag Stämpfli & Cie., Bern, 1950.